

Samstag, 15. Juni

Sozialversicherungen

Warum die Suva «1:12» fürchtet

Reflexe Dossier: «1:12»-Initiative und Abzockerinitiative Samstag, 15. Juni

Werner Enz

Es muss hellhörig machen, wenn nun auch die obligatorische Unfallversicherung Suva vor den Folgen einer Annahme der unter allen Titeln schädlichen «1:12»-Initiative der Jungsozialisten warnt. Suva-Verwaltungsrats-Präsident Franz Steinegger sieht in diesem Vorstoss aus der linken Ecke einen Schritt, um eine nunmehr seit Jahrzehnten in den Schweizer Sozialversicherungen akzeptierte und gelebte Solidarität auseinanderzudividieren. Manager oder auch Unternehmer mit Top-Salären zahlen in die AHV, IV und letztlich eben auch in die Suva – vor allem über die Berufsunfallversicherung – Prämienfelder ein, für die sie einen echten Gegenwert nie und nimmer erhalten werden. Neuzuzüger aus dem Ausland, die für ihre Leistung fair entlohnt werden möchten, staunen immer wieder, dass in der Schweiz Spitzengehälter über zwangsweise erhobene Lohnprozente derart geschröpft werden. Es ist bekannt, dass Spitzenlöhne, wenn es um die AHV und deren Leistungen geht, de facto besteuert werden, weil die maximale Rente auf relativ niedrigem Niveau plafoniert ist.

Der Schlüssel «1:12» ist nicht nur willkürlich aus der Luft gegriffen, es drohen in der Einschätzung der Suva auch für die Institution Unfallversicherung starke Ertragsausfälle. Steinegger sieht spezielle Management-Gesellschaften entstehen, die dann ausserhalb der Sozialversicherung tätig sein werden. Kommt es schlimmer, wandern Unternehmen, vor allem jene, die überdurchschnittliche Löhne zahlen, vermehrt ins Ausland ab. Jedenfalls haben die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sie sind im Suva-Verwaltungsrat paritätisch vertreten, eine Aufgabenstellung vor sich, die sie aus Überzeugung gemeinsam bekämpfen dürfen. Werden die in der Suva gut repräsentierten Sozialdemokraten den Mumm haben, mit offenem Visier gegen die Jungsozialisten und weitere Sozialromantiker anzutreten? Das Argument, dass derart grobschlächtige Eingriffe in die Obliegenheiten von Unternehmen nicht nur diese schwächen, sondern auch Sozialversicherungen wie die Suva, müsste doch einleuchten.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.